

Beschluss Landesausschuss II/2014 der KLJB Bayern vom 21. bis 23. November in Würzburg

SHOULD I STAY OR SHOULD I GO? – JUGEND VOM LAND IM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL

EINLEITUNG

Wir leben in einer alternden Gesellschaft, der Anteil junger Menschen an unserer Bevölkerung nimmt ab. Eine Gesellschaft, die sich lediglich zu zwei Dritteln reproduziert, kann es sich nicht leisten, die nachwachsende Generation zu vernachlässigen.¹ Zu- und Abwanderungen insbesondere von jungen Menschen verändern das Gesicht der Regionen Bayerns und stellen gerade ländliche Gebiete vor immense Herausforderungen. Wir sehen das Problem nicht prinzipiell darin, dass junge Menschen wegziehen. Vielmehr nehmen wir es als problematisch wahr, wenn junge Menschen unfreiwillig in die Abwanderung gedrängt werden und dadurch die Regionen Bayerns in vielerlei Hinsicht auseinanderdriften. Die Frage, wie sich ländliche Räume zukünftig entwickeln, ist eng verknüpft damit, ob junge Menschen für sich dort Perspektiven sehen, ob sie sich für ihre Heimat einsetzen oder ihr den Rücken zukehren. Angebote der Jugendarbeit sind soziale Infrastruktur und ein relevanter Standortvorteil für Zuzugs- bzw. Rückkehrentscheidungen. Dabei steht die Politik auf allen Ebenen verstärkt in der Pflicht, die Wahrung eines Interessenausgleichs zwischen jüngerer und älterer Generation zu achten. Nicht trotz, sondern gerade wegen einer sinkenden Zahl junger Menschen und dem damit verbundenen Bedeutungsverlust sehen wir einen klaren Auftrag an die Politik,

¹ Siehe hierzu Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2032. Demographisches Profil für den Freistaat Bayern, Beiträge zur Statistik Bayerns Heft 546, Juni 2014: Die für Bayern vorausgerechneten Sterbefall- und Geburtenzahlen weisen eine stetig wachsende negative Bilanz auf und führen ab dem Jahr 2023 zu einer sinkenden Bevölkerungszahl in Bayern, wenn man das angenommene jährliche Wanderungssaldo einbezieht. Dies führt zu deutlichen Änderungen in der Altersstruktur, so dass der Anteil der unter 20-Jährigen bis zum Jahr 2022 um 4,7% und 2032 6,7% geringer sein wird als im Ausgangsjahr 2012. Der demographische Wandel wird sich in Bayern regional stark unterschiedlich auswirken, so verzeichnen die Regierungsbezirke Oberfranken, Unterfranken und Oberpfalz schon seit Jahren rückläufige Bevölkerungszahlen.

nicht weniger, sondern mehr Investitionen und Engagement in Kinder, Jugend und Familien zu unternehmen. Junge Menschen werden mehr denn je zum entscheidenden Faktor der Zukunft von Gesellschaft und Kommunen in ländlichen Räumen. Zukunft für ländliche Räume beginnt dort, wo Bedürfnisse und Interessen von jungen Menschen ernst genommen werden.²

„SCHNELLES INTERNET REICHT NICHT!“ – UMFASSENDE MAßNAHMEN ERGREIFEN

Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplatzangebot sind die maßgeblichen Faktoren für die Wahl des Lebensortes. Zudem steht außer Frage, dass Regionen sich ohne ausreichende infrastrukturelle Maßnahmen (z.B. schnelles Internet) nicht zukunftsfähig entwickeln können. Doch das alleine reicht nicht aus, junge Menschen zu motivieren, in der Region zu bleiben. Hier sind auch **soziale und kulturelle Faktoren** ausschlaggebend. Eine Entscheidung für einen Ort braucht Ortsverbundenheit und Identifikation. Diese ergeben sich v.a. aus dem subjektiven Empfinden, an einem bestimmten Ort seine Lebenspläne verwirklichen zu können. Dazu gehören neben Jobperspektiven auch z.B. Familie, Partnerschaft, Dorfleben oder ehrenamtliches Engagement.³

Die Landespolitik muss angesichts des demographischen Wandels einen Schwerpunkt auf junge Menschen in ländlichen Räumen legen. Wir begrüßen, dass der Bayerische Landtag sich in einer Enquete-Kommission der Frage stellt, wie gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern gesichert werden können. Wir erhoffen uns hier eine intensivere Auseinandersetzung mit den Perspektiven junger Menschen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Staatsregierung in ihrer „Heimatstrategie“ die Entwicklungsperspektiven der benachteiligten bayerischen Regionen stärken will, und dass sie in ihrem Kinder- und Jugendprogramm den demographischen Wandel als einen der Schwerpunkte, um

² Vgl. hierzu Beschluss der 64. KLJB-Landesversammlung vom 9. bis 12. Mai 2013 am Petersberg „HEIMVORTEIL – Punktsieg für's Land! Weil wir das Land mit Visionen bewegen“ und Beschluss des KLJB-Landesausschuss I/2014 in Nürnberg vom 16.2.2014 „Dorf- und Regionalentwicklung – nur mit uns!“.

³ Zur Analyse von Bindungsfaktoren: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin/Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Bleiben, Weggehen, Wiederkommen? Lebenszufriedenheit und Wandermotive junger Menschen in Brandenburg, November 2010 und Becker Heinrich, Moser Andrea, Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern – Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland, Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Report 12) 2013.

Jugendarbeit weiterzuentwickeln, definiert hat.⁴ Die Perspektiven junger Menschen, auch über Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten hinaus, werden mehr denn je zum entscheidenden Faktor der Zukunftssicherung von Gesellschaft und Kommunen in ländlichen Räumen.

Wir fordern daher, dass Landesmittel für ein **Landesprogramm** zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit bereitgestellt werden, das vorrangig kulturelle und soziale Dimensionen des demographischen Wandels berücksichtigt, das Modellprojekte ermöglicht und die Qualifizierung und Bereitstellung von Fachkräften der Jugendarbeit, die die Realität des demographischen Wandels in all seiner Vielfalt wahrnehmen und ihre Arbeit daran ausrichten können, fördert.

„WIR SCHAFFEN DAS!“ – KOMMUNALE AKTIONSPLÄNE

Niemand will langfristig in einer Kommune leben, die sich selbst abgeschrieben hat, wo sich eine No-future-Stimmung ausbreitet. Haben junge Menschen das Gefühl, ihre Region ist nicht zukunftsfähig oder stellt ausschließlich die Interessen der älteren Generation in den Vordergrund, ist Abwanderung vorprogrammiert. Neben messbaren Entwicklungszahlen ist das Image einer Kommune bzw. einer Region ein nicht zu unterschätzender Faktor. Daran sollten Kommunen in partizipativen Prozessen arbeiten und gerade jungen Menschen Möglichkeiten eröffnen, ihren Ort zukunftsfähig mitzugestalten. Dies birgt die Chance, die Offenheit eines Ortes für unterschiedliche Milieus, Lebensformen oder Wohnbedürfnisse (z.B. Wohnraum für Wohngemeinschaften) zu fördern und zu einem attraktiven Image beizutragen.⁵

Kommunen sollten nicht das Potential kreativer, innovativer, quergedachter Lösungsvorschläge verschenken, das in jungen Menschen steckt; sie sind die Trendsetter für zukünftige Lebensstile, Konsummuster, Freizeit- und Medienverhalten; sie bringen mit ihrem speziellen Blick auf ihren Ort ein Expertenwissen für die Entwicklung der

⁴ Kinder- und Jugendprogramm der Staatsregierung vom 11. Juni 2013:

„Zu einer guten sozialen Infrastruktur gehören insbesondere auch Orte, Einrichtungen und Angebote der Jugendarbeit, die in öffentlicher Verantwortung kind- und jugendgemäße Freizeitanregungen, Bildungsmöglichkeiten und Teilhabechancen vermitteln. In Abstimmung mit der Staatsregierung beabsichtigt der BJR die Durchführung eines Modellprojekts zur Entwicklung und Erprobung neuer Strukturen und Konzepte der Jugendarbeit, das angesichts von Abwanderung bzw. eines Rückgangs der Jugendpopulation zur Gestaltung des demographischen Wandels beitragen kann. Hierzu sollen fach-, struktur- und kommunalpolitische Strategien entwickelt, evaluiert und zur Nachahmung bereitgestellt werden.“

⁵ Zur Bedeutung von Wohnqualität: vbw: Wirtschaftsfreundliche Kommune 2020, August 2014. S. 48.

Gemeinde mit. Gerade Räume für Jugendliche, wo sie unter sich sein können, ohne dass sich jemand beschwert, gewinnen an Bedeutung. Jugendliche wünschen sich gestaltbare Freiräume für eigene kulturelle Projekte und Treffpunkte, die ihrem Lebensgefühl entsprechen (für ältere Jugendliche und junge Erwachsene auch Bars, Clubs, Discos und größere Events). Diese werden umso eher wertgeschätzt und angenommen, wenn hier explizit eigenes Mitgestalten möglich und gewünscht ist, Eigeninitiative gestärkt und Verantwortungsübernahme gefördert wird und damit nicht nur Aufenthaltsraum bestimmter Cliques für eine gewisse Phase sind, sondern zu Identifikationspunkten, die Bindungswirkung entfalten, werden.

Will sich eine Kommune zukunftsfähig aufstellen, muss die Kommunalpolitik unter Beteiligung der Jugend und in Abstimmung mit Vereinen und Verbänden vor Ort, die Jugendarbeit betreiben, mit einem gut koordinierten Aktionsplan aktiv werden. Ein Fachprogramm sollte Kommunen Anreize bieten und sie in die Lage versetzen,

- eine ehrliche **Analyse** ihrer Entwicklungsperspektiven für junge Menschen auf Grundlage sowohl belastbarer statistischer Daten⁶ sowie einem Dialogprozess zu sich veränderten Lebensformen, -lagen und -stilen anzustellen,
- ein **Leitbild**, das klare Ziele zur Aktivierung, Beteiligung und Förderung junger Menschen enthält, zu entwerfen und darauf aufbauend maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln und Schlüsselprojekte zu definieren,
- kommunale Akteure zu **qualifizieren** (Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeinderäte, besonders Jugendbeauftragte, Verwaltung) im Management von Anpassungsprozessen der Jugendarbeit angesichts des demographischen Wandels,
- eine an kommenden Bedürfnissen junger Menschen orientierte **Ortsplanung** aufzustellen, die auch Parameter wie Freizeitmöglichkeiten, attraktive Treffpunkte (Sportstätten zur allgemeinen Nutzung, Proberäume für Gruppen, Orte mit Eventcharakter, Jugendzentren mit Medienausstattung, Graffitiwände, Bars oder Cafés) und veränderten Wohnraumbedarf enthält.

⁶ Beispielsweise mit dem datenbankgestützten Vitalitäts-Check für Kommunen der Ländlichen Entwicklung vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

- sich über gelungene Beispiele mit anderen Kommunen auszutauschen und Möglichkeiten der Koordinierung oder **Kooperation** über Gemeindegrenzen hinweg zu identifizieren,
- innovative **Mobilitätskonzepte** in interkommunaler Zusammenarbeit und unter Beteiligung von Jugendlichen zu entwickeln.

„DAMIT JUGENDLICHE LIEBER ANPACKEN ALS IHRE SIEBEN SACHEN EINPACKEN“ – FÖRDERUNG DES ENGAGEMENTS JUGENDLICHER

Bürgerschaftliche Organisationen (Verbände, Vereine, Kirchengemeinden usw.) übernehmen zunehmend mehr Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge, aber sie brauchen Nachwuchs für ihren Fortbestand. Oft sind die Altersstruktur und die Tatsache, dass junge Menschen häufig nicht ernst genommen werden, eine Barriere für die Beteiligung.

Allerdings stärkt das Engagement und die Beteiligung in bürgerschaftlichen Organisationen durch die Intensität und Verbindlichkeit der sozialen Beziehungen wie kaum ein anderer Faktor die Bindung junger Menschen an ihre Heimatregion. Ein solches aktives, praktisches Engagement und die feste Einbindung in die Strukturen des Gemeinwesens vor Ort machen Engagement attraktiv und fördern die Identitätsentwicklung junger Menschen.

Immer mehr gerät jedoch das bürgerschaftliche Engagement Jugendlicher in zeitliche Konkurrenz mit Schule, Ausbildung und Beruf – gerade bei den älteren Jugendlichen, die als Verantwortungstragende der Jugendarbeit wichtig sind. Hauptamtliche Unterstützung wird hier umso wichtiger.

Ein Fachprogramm kann und muss dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement junger Menschen zu ermöglichen und neue Wege der Verantwortungsübernahme zu erschließen, indem

- innovative und wirksame Methoden zur **Mobilisierung** und Aktivierung junger Menschen in den Kommunen und Regionen angestoßen und multipliziert werden,
- **Experimentier-** und **Bildungsfelder** in ehrenamtlich geleiteten Jugendgruppen ermöglicht werden,

- die **Vernetzung** verschiedener bürgerschaftlicher Maßnahmen und Projekte auf kommunaler und regionaler Ebene forciert und gefördert werden, um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren zu stärken und Synergien nutzbar zu machen.

MITWIRKUNG MIT WIRKUNG

Junge Menschen, die sich in ihr Gemeinwesen einbringen, wollen reale Einflussmöglichkeiten für konkret gestaltbare und erfahrbare Veränderungen. Mitwirkungsinstrumente machen junge Menschen zu aktiven Gestalterinnen und Gestaltern ihrer Region. Verantwortungsübernahme, gefestigte Bindungen und soziale Netzwerke stärken das Engagement für und die Identifikation mit der Region und werden so zu Bleibe- und Rückholfaktoren. Eine aktive Mitwirkungskultur ist damit ein Standortvorteil.

Zuerst braucht es ein konsequentes Zutrauen in junge Menschen nach der Devise, sie nicht nur mitmachen, sondern selbst machen zu lassen. Kommunalpolitik sollte bei der Umsetzung selbstorganisierter Projekte Jugendlicher helfen und mit Wertschätzung (z.B. Auszeichnungen) motivieren. Zudem müssen Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass solche Projekte machbar bleiben.

Wenn Jugendliche den Eindruck gewinnen, in Orten etwas verwirklichen zu können, was sich anderswo nicht realisieren lässt, z.B. eigene Events, erleben sie Schlüsselerfahrungen für Engagement und Anerkennung und werden Bindungen an den Ort entstehen oder gefestigt.

Zum anderen ist es im Sinne der Zukunftsfähigkeit wichtig, Mitwirkungsstrukturen aufzubauen in einem guten angepassten Mix aus repräsentativen, offenen und projektorientierten Beteiligungsformen⁷.

Ein Fachprogramm muss berücksichtigen, dass Jugendliche schwer für Gremien und klassische Arbeitsformen kommunaler Beteiligung zu begeistern sind, da sie schnell Ergebnisse sehen möchten. Zusätzlich trauen Verwaltung und Politik oftmals jungen

⁷ Repräsentative Formen sind z.B. Beauftragte, Jugendparlamente, Beiräte, offene Formen Versammlungen oder Runde Tische und projektorientierte Formen z. B. Zukunftswerkstätten.

Menschen wenig Mitwirkungskompetenz zu und es fehlen Kenntnisse über passende Aktivierungs- und Beteiligungsformen.⁸

Ein Fachprogramm⁹ sollte,

- Verantwortlichen in Politik und Verwaltung eine **Qualifizierung** in Bezug auf Mitwirkungsinstrumente für Jugendliche ermöglichen,
- kommunale **Projekte** der Mitwirkung und Selbstorganisation Jugendlicher mit überschaubaren Zeiträumen, an ihrem unmittelbaren Lebensumfeld orientierten Themen und einem zielgruppengerechten Mix unterschiedlicher Methoden fördern,
- externe **professionelle Unterstützung** mit entsprechenden methodischen Kenntnissen zu partizipativen Beteiligungsformen und Prozessmoderation fördern,
- auf **konkreten Verantwortlichen** in Politik (Jugendbeauftragte) oder der Verwaltung aufbauen, die auch über die Projektlaufzeit hinaus eine Weiterführung sicherstellen.

„FRÜHER WAR ALLES BESSER“ – ZUSAMMENLEBEN DER GENERATIONEN

Aus der Tatsache, dass die Zahl junger Menschen abnimmt, resultiert ein Ungleichgewicht unter den verschiedenen Generationen. Dies birgt ein Konfliktpotential, gerade wenn es um die Berücksichtigung von Interessen der verschiedenen Altersgruppen seitens politischer Akteure geht. Zudem geht trotz meist guter innerfamiliärer Beziehungen der Trend in Richtung getrennter Haushalte zwischen den Generationen. Auch im außerfamiliären Kontext besteht eher ein Nebeneinander als ein Miteinander.¹⁰ Dabei werden die Erfüllung des Generationenvertrages und das Streben nach

⁸ Vgl hierzu das Pilotprojekt „Jugend im demografischen Wandel“ des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaates Sachsen von November 2012 bis August 2013 (Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie/Dr. Hardo Kendschek, Jugend mit Wirkung! Ein Praxisleitfaden, November 2013.)

⁹ Siehe hierzu auch den Beschluss „Mehr Partizipation und politische Bildung in Bayern“ beschlossen vom 141. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings vom 19. bis 21. Oktober 2012 in Gauting, insbesondere S. 6: „Wir fordern ein landesweites Förderprogramm ‚Jugendbeteiligung angesichts des Demographischen Wandels sicherstellen‘, das über einen Zeitraum von mehreren Jahren Modellprojekte zur Partizipation junger Menschen fördert, die im Dialog mit Politik und Verwaltung ihre Interessen in echter Mitbestimmung einbringen können.“

¹⁰ Vgl. 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Deutscher Bundestag Drucksache 17/12200 zugeleitet vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 30. Januar 2013, S. 148; Stefanie Debiel, Intergenerationelle Begegnung und Beteiligung in ländlichen Räumen. Ansätze zur Gestaltung des Zusammenlebens von „Jung und Alt“, Sozial Extra 3/11, S. 35-38.

intergenerationeller Gerechtigkeit zu immer größeren Herausforderung für alle Generationen.

Aus diesem Grund erwarten wir von einem Fachprogramm die Förderung intergenerationeller Begegnungs- und Beteiligungsangebote, die

- ermöglichen, dass die verschiedenen **Perspektiven**, die durch die Beteiligung aller Generationen entstehen, in politische Prozesse gleichberechtigt einfließen,
- ihren Fokus nicht einseitig auf Themen wie z.B. Pflege richten, sondern die **Belange aller Beteiligten** in den Blick nehmen,
- die intergenerationelles **Lernen** ermöglichen und befördern,
- das **Potential für bürgerschaftliches Engagement** bei Älteren wie Jungen fördern,
- **professionell begleitet** werden,

und so dazu beitragen, dass im ländlichen Raum Generationengerechtigkeit erlebbar und zum Standortfaktor für einen Ort bzw. eine Region wird.

„**UNERHÖRT!**“ – **FÖRDERUNG VON TOLERANZ**

Zählt der soziale Zusammenhalt zu den größten Stärken ländlicher Räume, darf dies nicht über die vielfach ausgeprägte soziale Kontrolle und geringe Offenheit für Veränderungen hinwegtäuschen. Gerade Lebensstile, Verhalten, Kleidung, Sprache können im engen sozialen Gefüge ländlicher Räume zu Konflikten führen. Dies verstärkt der demographische Wandel zusätzlich.¹¹

Ein Fachprogramm muss **Akzeptanz- und Toleranzproblemen** (zwischen Milieus wie zwischen Generationen) vorbeugen, bereichernde Diversität und Pluralität unterstützen und am Gefühl gegenseitiger **Wertschätzung** unterschiedlicher Lebensformen und Lebensstile, insbesondere verschiedener Familien- und

¹¹ Die demographischen Verschiebungen bei selektiver Abwanderung wirken auf die Lebensstile zurück: „Ländliche Regionen drohen angesichts geringerer kultureller und sozialer Beteiligungsmöglichkeiten wieder entmischt und zu homogeneren sozialen Einheiten geformt zu werden.“ Spellerberg Annette: Was unterscheidet städtische und ländliche Lebensstile?, in: Peter Berger/Carsten Keller/Andreas Klärner/Rainer Neef (Hrsg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie, Springer Wiesbaden 2014, S. 199-233, hier S. 228 f., sowie Berlin/Brandenburg, Bleiben, Weggehen, Wiederkommen?, S. 20: „in zahlreichen Städten sind die Älteren bereits in der Überzahl – sie prägen Stadtbild, Infrastruktur, Zusammenleben. ... Damit ändern sich Balancen und die Definitionsmacht darüber, was „sich gehört“...Vor allem im öffentlichen Raum kommt es zu Akzeptanz- und Toleranzproblemen.“

Partnerschaftsmodelle, arbeiten. Ein Fachprogramm sollte dazu beitragen, die Angebotsstruktur für zielgruppenspezifische Jugendarbeit in ländlichen Räumen auszubauen und Projekte zur Stärkung von **Demokratie und Toleranz** fördern¹².

VOM REDEN ZUM HANDELN

Der demographische Wandel äußert sich nicht nur in statistischen Daten und verschiedenfarbig eingefärbten Landkarten, sondern ist bereits heute erlebbare Realität und wird zukünftig das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gravierend verändern.

Wir als KLJB in Bayern gestalten in allen Regionen Bayerns die Dörfer aktiv mit, sind uns der Herausforderungen bewusst und entwickeln Ideen für die Zukunft in den ländlichen Räumen.

Wir als KLJB Bayern rufen dringend dazu auf, diesen Wandel mit entsprechenden Maßnahmen positiv zu gestalten. Als Sprachrohr für die Jugend vom Land sind wir dazu bereit, hierzu mit der Landespolitik in einen konstruktiven Ideenaustausch zu gehen.

¹² Vgl. Bundesministerium des Innern, Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung, Abschnitt D. Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern.